Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft

Herausgeber: Wechselwirkung

Band: 10 (1988)

Heft: 38

Artikel: Verschuldung und ökologischer Raubbau : zur Politik von IWF und Weltbank

Autor: Tang, Matthias / Ostermann, Ralph

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652970

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verschuldung und ökologischer Raubbau

Zur Politik von IWF und Weltbank

von Matthias Tang und Ralph Ostermann

Die Gründung des »Internationalen Währungsfonds« (IWF) und der »International Bank for Reconstruction and Development«, (IBRD), kurz Weltbank genannt, gehen zurück auf Verhandlungen der Alliierten während des Zweiten Weltkrieges, die das Ziel hatten, ein neues internationales Währungssystem zu schaffen. Das Ergebnis der Verhandlungen im US-amerikanischen Bretton Woods, die maßgeblich von den USA und Großbritannien dominiert wurden, war ein System fester Wechselkurse, mit dem Dollar als Leitwährung. Der Wert des Dollars wurde dabei in Gold festgelegt, die anderen Währungen richteten sich nach dem Dollar.

Hintergrund dieser Vereinbarung war die Erwartung von Zahlungsbilanzdefiziten der kriegszerstörten Ökonomien Westeuropas. Bei Wiederaufnahme des internationalen Handels mußte die Importnachfrage dieser Länder ihr Exportangebot übersteigen. Daraus resultierende Zahlungsbilanzdefizite hatten in den dreißiger Jahren zu ruinösen Abwertungswettläufen geführt.

Das neue System verbot den Unterzeichnerländern die einseitige Abwertung ihrer Währung ohne Zustimmung des IWF. Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen und zur Deckung von Zahlungsbilanzdefiziten stellte der IWF kurzfristige Stützungskredite zur Verfügung. Die Nationalstaaten übertrugen also ein Stück ihrer Souveränität einer internationalen Organisation, dem IWF. Neben den 250 Basisstimmen, über die jedes der 151 Mitgliedsländer verfügt, wird jedem Land ein weiteres Stimmenkontingent zugeteilt, das sich nach der Höhe der eingezahlten Quote richtet.

Diese Quote richtet sich u.a. nach der Höhe des Bruttosozialproduktes, den vorhandenen Währungsreserven und dem Umfang des Außenhandels. Da alle Entscheidungen mit einer Mehrheit von 85 % der Stimmen getroffen werden müssen, können sich die entwickelten kapitalistischen Länder so ihren dominierenden Einfluß auf den IWF sichern und den Fonds weitgehend kontrollieren.

Der IWF hatte bei seiner Gründung zunächst eine Währungssicherungsfunktion und nur in beschränktem Maße eine Finanzierungsfunktion. Die Weltbank sollte dagegen mit der Vergabe von langfristigen Krediten den Wirtschaftsprozeß in Gang bringen. In der Nachkriegszeit konnten sich die westeuropäischen Länder wirtschaftlich nicht zuletzt durch die Marshallplan-Hilfe schnell konsolidieren. Die Aktivitäten der Weltbank richteten sich dadurch zunehmend auf die Dritte Welt.

Über die Mittelvergabe entscheidet der Aufsichtsrat, in dem den Ländern Stimmanteile gemäß ihrer wirtschaftlichen Potenz zugeteilt werden. So verfügen die USA, die BRD, Japan, Großbritannien und Frankreich zusammen über 43% der Stimmen, die USA allein über 19,8%.

Heute besteht die Weltbank aus drei Organisationen: Der IBRD, die Weltbank im engeren Sinne, der Internationalen Finanzcooperation (IFC, gegründet 1956) und der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA, gegründet 1960).

Zielsetzung und Politik der Weltbank

Die IDA finanziert neben einzelnen Projekten hauptsächlich die von den Unterorganisationen der UNO (z.B. der WHO) geplanten Entwicklungsvorhaben. Die IDA wurde gegründet als eine Organisation für »weiche« Entwicklungshilfe, die gerade den ärmsten der Armen helfen sollte. Noch immer ist oberstes Vergabekriterium die Bedürftigkeit, d.h. die Länder müssen ein Pro-Kopf-Einkommen von unter 300 US $ besitzen und keine IBRD-Kredite erhalten können.

Dennoch müssen auch die von der IDA geförderten Projekte »produktive Entwicklungsmöglichkeiten« aufweisen.

Die IFC vergibt ihre Kredite in erster Linie an private Kreditnehmer, nicht wie die beiden anderen Organisationen an die Regierungen der Entwicklungsländer.

Die Macht der Weltbank liegt zum einen darin, daß sich ein Land das Vertrauen auf dem internationalen Kapitalmarkt, auch dem privaten, mit der pünktlichen Rückzahlung dieser Kredite erwirbt. Zum anderen werden mit der Aufnahme von Krediten scharfe Bedingungen an die Empfängerländer verknüpft, damit sie ihre Kredite auch zurückzahlen können. Daraus ergeben sich unmittelbar zwei Folgerungen für diese Länder: Sie müssen dem internationalen Kapital etwas bieten können, und sie können es sich nicht leisten, die Weltbankkredite für »unproduktive« Zwecke wie Schulen oder Krankenhäuser auszugeben. Welche politische Macht die Weltbank mit der Kreditvergabe besitzt, wird daran deutlich, daß ihr nicht genehme Regierungen keine Unterstützung erhalten, wie z. B. Brasilien während der Regierung des Populisten Goulart von 1961 bis 1964, Ghana unter Nkruma, Chile unter Allende 1970 bis 1973 bis hin zu Nicaragua heute.

Änderungen im Weltwährungssystem und Schuldenkrise

Zu Beginn der siebziger Jahre wurde der Goldstandard des Dollars aufgehoben (1971) und das System fester Wechselkurse aufgege-

ben (1973). Der IWF verlor damit seine Regulierungsfunktion, und seine Finanzierungsfunktion wurde in dem Maße kleiner, wie die privaten Geschäftsbanken an Gewicht gewannen. Die Weltwirtschaftskrise und das damit verbundene Stagnieren des Wirtschaftswachstums in den siebziger Jahren führten dazu, daß die Unternehmen ihre Gewinne nicht mehr investierten. Die Gewinne standen den Banken als freies Kapital zur Verfügung, das gewinnbringend angelegt werden mußte. Diese Kapitalliquidität wurde durch die Gewinne der Ölstaaten noch vergrößert.

Kredite auf dem privaten Kapitalmarkt wurden zu dieser Zeit immer günstiger und waren nicht an bestimmte Auflagen im Gegensatz zu IWF und Weltbankkrediten gebunden. Private Kredite wurden zur Deckung von Zahlungsbilanzdefiziten benutzt, was eigentlich Aufgabe des IWF und der Weltbank sein sollte. Besonders die »newly industrializing countries« oder Schwellenländer in Lateinamerika nahmen den privaten Kapitalmarkt in Anspruch.

Dieses sogenannte »Recycling der Metro- und Petrodollar« führte zu einem immensen Anwachsen der Verschuldung bei den privaten Banken.

Spätestens als 1982 Mexico seine Zahlungsunfähigkeit erklärte, wurde deutlich, daß der angehäufte Schuldenberg nicht mehr zurückzahlbar war. Der IWF gewann dadurch wieder an Bedeutung. In der Rolle des Krisenmanagers bekam er verstärkt die Funktion der Kreditsicherung. Die Kredite der privaten Geschäftsbanken waren zum Teil nur zu 50% durch Eigenkapital gedeckt, so daß sie auf die Zinszahlungen aus der Dritten Welt angewiesen waren, sollten sie nicht selbst in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Dadurch stieg die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom IWF, der mit kurzfristigen Stützungskrediten bei Zahlungsproblemen aushelfen mußte. Diese Kredite waren jetzt aber mit strikten wirtschaftspolitischen Auflagen verbunden, die den Entwicklungsländern kaum noch Spielraum für eine eigenständige Wirtschaftspolitik ließen. Oberstes Ziel dieser Auflagen war und ist es, durch eine Reihe von Maßnahmen eine ausgeglichene Zahlungsbilanz herzustellen und für ein sich selbst tragendes wirtschaftliches Wachstum zu sorgen. Im einzelnen umfassen diese Auflagen: Abwertung der Währung, Abschaffung der Devisen- und Importkontrollen, Anhebung der Zinssätze, Verminderung der Staatsausgaben, Lohnstopp, Steuererhöhungen, Subventionsabbau und Maßnahmen, die den Zufluß von ausländischem Kapital erleichtern.

Die Logik, die hinter diesen Kreditvergabebedingungen steht, ist die der Monetaristen der Chicagoer Schule um Milton Friedman. Sie sehen die Ursachen der Währungskrisen einzelner Länder in einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz, d.h. im Netto-Abfluß von Kapital, Dienstleistungen und Waren. Dies werde bedingt durch hohe Inflationsraten, steigende Nachfrage nach ausländischen Produkten und mangelndem Absatz eigener Produkte auf dem Weltmarkt.

Aber auch von den privaten Banken verlangt der IWF, den Schuldnerländern – sofern diese die IWF-Auflagen akzeptiert haben – neue Kredite zu gewähren. Denn ohne »fresh money« sind aus den verschuldeten Ländern keine Zinszahlungen mehr zu erwarten. Auch Umschuldungsvereinbarungen kommen nur auf Vermittlung des IWF zustande, daß heißt auch dafür müssen die Schuldnerländer Auflagen hinnehmen. Für die verschuldeten Staaten führt damit kein Weg mehr am IWF vorbei. Für sie bleibt nur der Versuch, die Auflagen zu erfüllen, indem sie den Import verringern und den Export steigern. Doch die Rohstoffpreise sind in den letzten Jahren ständig gefallen. Hinzu kommt ein langsamer Ausverkauf der rentablen Industriezweige der verschuldeten Länder. Spekulanten »kaufen« den Banken ihre Forderungen an Entwicklungsländer zu einem Bruchteil des Nennwertes ab. So wurden 1986 die Schulden Brasiliens zu 35% ihres Wertes gehandelt. Der Käufer kann dann den gesamten Wert der Schulden in Landeswährung umtauschen und sich in die profitablen Bereiche der Industrie des Landes einkaufen.

Die Politik der Weltbank in der Schuldenkrise

Seitdem die Schuldenkrise der größeren Entwicklungsländer zu einer Dauereinrichtung geworden ist, richtet sich die Politik der Weltbank eher darauf, mit gezielten Krediten zur Strukturanpassung diesen Ländern zu helfen, die Schulden bei den privaten Gläubigerbanken zurückzahlen zu können. Die Ziele der von der Weltbank initiierten Strukturanpassungsmaßnahmen werden mit den Regierungen der Dritte-Welt-Länder in einem »Politik-Dialog« ausgehandelt und in einem sogenannten »Letter of Development« festgelegt. Grundsätzlich soll mit diesen Maßnahmen der Export gesteigert werden, Staatsinterventionen in die Wirtschaft des Landes sollen abgebaut und der öffentliche Sektor soll effektiver gestaltet werden, was in der Regel auf Privatisierungen hinausläuft.

Kernstück dieser Politik sind die »Strukturanpassungsdarlehen« (SAL) und die »Sektoranpassungskredite« (SEL). Die Grenzen zwischen beiden sind fließend; je nach Sachlage greift die Weltbank zur Realisierung der Strukturanpassung zu den SAL oder SEL. Die Bedingungen für beide Darlehensformen ähneln denen der IWF-Kredite, gehen jedoch teilweise darüber hinaus. Sind die IWF-Maßnahmen in erster Linie auf einen Ausgleich der Zahlungsbilanz durch Drosselung der internen Nachfrage gerichtet, so zielen die SAL und SEL auf eine grundlegende Änderung der Wirtschaft ab und sind über einen längeren Zeitraum angelegt (zum Teil über zehn Jahre). Detailmaßnahmen wie Steuergesetzgebung, Preispolitik usw. werden von der Weltbank genau festgelegt.

Diese neue Form der Kreditvergabe ist also nicht mehr an konkrete Projekte gebunden, sondern an Reformen in den Entwicklungsländern. Die SAL werden in der Regel in zwei Raten ausbezahlt und dienen der Finanzierung von Importen. Die Freigabe der zweiten Tranche ist an den Erfolg von ausgewählten »Schlüsselmaßnahmen« gebunden. Die Fortsetzung der SAL ist an den Fortschritt des Gesamtprogramms gebunden, der Gradmesser dafür ist die Verbesserung des Zahlungsbilanz-Gleichgewichtes.

Die Strukturanpassung, die die Weltbank anstrebt, setzt die Reform von Institutionen und Entscheidungsabläufen voraus. Die Weltbank unterstützt diese Reformen, indem sie zum Beispiel Hilfestellungen bei umstrittenen Steuerreformen gibt oder im Rahmen der SAL ganze Ministerien umgestaltet. Die Weltbank hat offensichtlich eingesehen, daß ökonomische Umgestaltung an soziale und politische Faktoren geknüpft ist. Die rigiden Anpassungsprogramme des IWF haben darauf keine Rücksicht genommen, sondern lediglich die Entwicklungsländer auf höhere Exporterlöse für den Schuldendienst verpflichtet. Die Folge waren regelrechte Aufstände in den betroffenen Ländern (»IWF-Riots«). Die Weltbank nimmt diese Erfahrungen auf und versucht ihre Politik an die spezifischen Bedingungen in den Entwicklungsländern anzupassen. Sie hat 1987 vier Regionalabteilungen errichtet, die zuständig sind für Länderstrategiekonzepte, den »Politik-Dialog« und für die Kreditvergabe.

Neben der Abfederung der sozialen Folgen der Strukturanpassung hat die Weltbank auch gemerkt, daß ökologischer Raubbau den ökonomischen Erfolg gefährden kann. In den Regionalabteilungen wurden Umweltreferate eingerichtet, und zum gesamtwirtschaftlichen Anpassungskonzept gehört der Aufbau von Umwelt-

verwaltungen in den Ländern der Dritten Welt. Der Weltbankpräsident, Barber Conable, hat für den Umweltbereich 100 Planstellen angekündigt, von denen 50 inzwischen besetzt sind.

Dies alles deutet jedoch nicht auf eine geänderte Zielsetzung der Weltbank hin. Es wird weiterhin auf wirtschaftliches Wachstum und Industrialisierung gesetzt, die sogenannte In-Wert-Setzung« bisher unberührter Gebiete geht mit dem Ziel ihrer Integration in den Weltmarkt weiter. Die neuen Anpassungsprogramme stellen lediglich eine Antwort auf die krassen sozialen und ökologischen Auswirkungen des Krisenmanagements vergangener Jahre dar.

Die Schulden der Dritten Welt sind seit 1980 um mehr als das Doppelte auf 1 200 Mrd. US $ angestiegen. Ein Ende dieser Spirale ist noch nicht in Sicht. Der IWF und die Weltbank scheinen mehr die Sicherung der Zins- und Tilgungszahlungen im Auge zu haben als eine grundlegende Reform der Weltwirtschaftsordnung. Die Tragweite der Folgen für die natürliche Umwelt ist noch gar nicht abzusehen. Im folgenden versuchen wir an drei Beispielen, diese Folgen darzustellen.

Ökologische Probleme in der Dritten Welt

Trotz aller regionaler Unterschiede lassen sich zwei große ökologische Probleme benennen, die den Ländern der tropischen und subtropischen Zone gemeinsam sind. In den afrikanischen Ländern breitet sich die Wüste immer weiter aus, in Lateinamerika und in Asien wird mehr und mehr Regenwald zerstört. Weltbankprojekte sind an diesem Prozeß nicht unbeteiligt.

Die Ausbreitung der Wüsten in der Sahelzone hat große Aufmerksamkeit gefunden. Dieser Prozeß ist aber durchaus auf andere Gegenden übertragbar. Das Ökosystem der Dornsavanne, die den Übergang zur Wüste bildet, ist geprägt durch geringe Niederschläge, die zudem sehr unregelmäßig fallen: Feuchte und trockene Jahre wechseln sich ab. Der Mensch hat sich durch nomadische Lebensweise diesem Umstand angepaßt. In der Regenzeit wandern die Nomaden mit ihren Viehherden zur Wüste hin, nutzen die aufkeimende Vegetation, um in der Trockenzeit weiter zur Trockensavanne zu wandern, die sich an die Dornsavanne anschließt. Hier wird bereits Ackerbau betrieben, den die Viehherden der Nomaden durch Düngung unterstützen.

Durch moderne Methoden im Ackerbau, im Brunnenbau und durch die Zerstörung der Sozialstrukturen zwischen Nomaden und Ackerbauern ist dieses Wechselspiel in den letzten Dürreperioden zusammengebrochen.

Konzentration der Viehherden um künstlich angelegte Tiefbrunnen, Überweidung, Übernutzung des Grundwassers, Verdrängung des traditionellen Ackerbaus aus den feuchteren in die trockeneren Regionen durch Monokulturen, deren Produkte für den Weltmarkt bestimmt sind, und Zunahme der Abholzung für den Brennholzbedarf haben den Druck auf das Ökosystem erhöht. Seine Regenerationsfähigkeit ist zerstört, da die Vegetation vernichtet und das Grundwasser nicht wieder aufgefüllt worden ist.

Das Ökosystem des tropischen Regenwaldes zeichnet sich ebenfalls durch eine hohe Anfälligkeit gegenüber einer zu starken Nutzung aus, die allerdings auf ganz anderen Mechanismen beruht. Die Üppigkeit der Vegetation hat zu einer gewaltigen Überschätzung der Fruchtbarkeit der tropischen Böden geführt. Inzwischen ist bekannt, daß die Böden durch Jahrtausende währende Auswaschung extrem arm an Nährstoffen sind und praktisch der gesamte Nährstoffkreislauf innerhalb des biotischen Systems, also der Vegetation und der Tierwelt, abläuft. (vgl. den Artikel von Hans Sioli in diesem Heft)

Die Menschen haben mit der sogenannten »shifting cultivation« eine landwirtschaftliche Nutzungsform gefunden, die diesem System angepaßt ist. Büsche und kleinere Bäume eines einige Hektar großen Gebietes werden gerodet und verbrannt, wobei deren mineralische Substanz freigesetzt wird. Ein großer Teil wird jedoch vom Regen weggespült, so daß dieses Gebiet nur zwei bis drei Jahre genutzt werden kann. Danach bleibt es sich selbst überlassen und wächst wieder zu. Nach einem Zeitraum von 10 bis 16 Jahren kann der entstandene Sekundärwald von neuem gerodet werden. Dieser Prozeß setzt sich fort und steht in einem stabilen Gleichgewicht, wenn die Brache lange genug andauert.

Nimmt der Bevölkerungsdruck durch Zuwanderung zu, können die notwendigen Brachzeiten nicht mehr eingehalten werden und die Erträge nehmen von Periode zu Periode ab, so daß ein immer größerer Bedarf nach neuen Rodungen entsteht. Zugleich werden von multinationalen Konzernen riesige Flächen maschinell gerodet, um sie für extensive Weidewirtschaft zu nutzen. Das Resultat ist die vollständige Zerstörung der Landoberfläche durch Erosion, die Verschlammung der Flüsse und der neu errichteten Stauseen und die Vernichtung des pflanzlichen und tierischen Lebens. Zurück bleiben Flächen, auf denen sich gerade noch Grasland oder Buschvegetation ausbildet.

Diese ökologischen Folgen sind den Experten der Weltbank durchaus bewußt. Doch erst allmählich wird erkannt, daß die Aufrechterhaltung des Ökosystems auch eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Weltwirtschaftssystems ist. An drei Beispielen soll dargestellt werden, wie ökologische, volkswirtschaftliche und soziale Aspekte bei Projekten der Weltbank ineinandergreifen.

Rinderzucht in Botswana

In Botswana beteiligt sich die Weltbank zur Zeit an dem dritten Projekt zur Rindfleischproduktion. Alle drei mit dem Ziel, die Fleischexporte in die EG zu erhöhen. 1972 wurden 1,65 Mio. US $, 1977 bereits 6,5 Mio. US $ an Kredite dafür vergeben. 1985 stellte die Weltbank einen weiteren Kredit von 10,7 Mio. US $ bereit.

Auf ökologischer und sozialer Ebene verstärken diese Projekte das existierende Ungleichgewicht innerhalb Botswanas. Schon mit dem derzeitigen Viehbestand (ca. 3 Mio. Stück) wird durch Überweidung immer größerer Flächen die in der Dornsavanne sehr empfindliche Vegetation überbeansprucht. Um die konkurrierenden Wildtiere von den Wasserlöchern und den fruchtbareren Flächen fernzuhalten und um die Rinder vor der Maul- und Klauenseuche zu schützen, mußten bisher 1200 km Zäune errichtet werden. In ihnen verenden die Antilopen und Zebras zu Tausenden. Der jetzige Kredit wird diese Probleme noch verstärken, zumal das Okavango-Delta, ein im Norden des Landes gelegenes Feuchtgebiet etwa von der Größe Niedersachsens, in das Projekt einbezogen wurde. Die Folgen der damit verbundenen fortschreitenden Wüstenbildung sind aus der Sahel-Zone bekannt.

Das soziale Ungleichgewicht wird dadurch verschärft, daß die Kredite hauptsächlich für Großfarmen mit Privatland vergeben werden. Klein- und Mittelbauern profitieren nicht davon, im Gegenteil, sie werden noch geschädigt, da in Trockenzeiten auch das Vieh der Großfarmen auf dem Gemeindeland weiden darf. Die Projekte knüpfen auch an die traditionellen Sozialstrukturen an, nach denen das Rind Statussymbol und Zeichen für Reichtum darstellt.

Den volkswirtschaftlichen Hintergrund für diese Weltbank-Projekte bildet das Lomé-Abkommen von 1979, das Botswana Zugang zum europäischen Markt gewährte. In der EG wird das Rindfleisch zu weit höheren Preisen als auf dem Weltmarkt aufgekauft.

Botswana

Grunddaten: Fläche 600.372 km², ca. 1 Mio Einwohner = 1,9 Einw. pro km², Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf: 840 US $ (1985), Landwirtschaft 15% des Bruttoinlandsproduktes (BIP), 60% der Beschäftigten, Industrie: 60% des BIP, 17% der Beschäftigten.

Über zwei Drittel der Fläche werden von der Dornbuschsavanne eingenommen, nur der nördliche und östliche Rand ist der klimatisch günstigeren Trockensavanne zuzuordnen. Botswana besitzt einige Bodenschätze: Diamanten, Kupfer, Nickel und Kohle, die im Ostteil liegen, in dem auch die höchste Bevölkerungskonzentration herrscht. Als Binnenstaat ist Botswana auf die Kooperation mit Südafrika und Zimbabwe angewiesen.

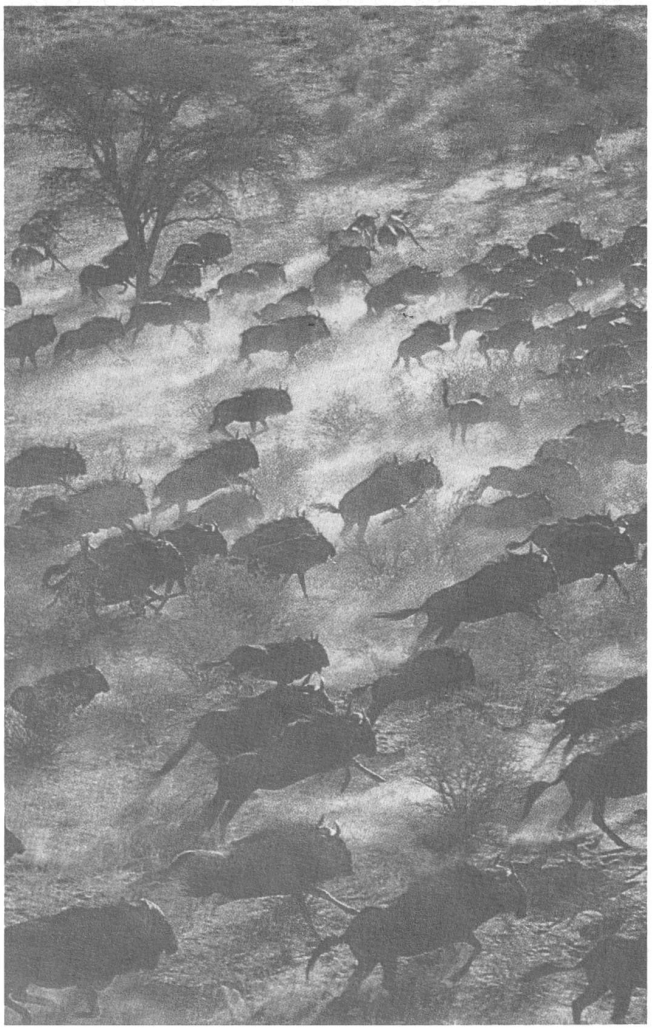
Die sozialen Verhältnisse sind durch zwei Momente charakterisiert: Zum einen gehören 80% der Bevölkerung der Volksgruppe der Botswana an, deren Stämme und Clans streng hierarchisch gegliedert sind. Der soziale Status wird zum einen durch die Abstammung, zum anderen durch den Besitz von Rindern bestimmt. Die Volksgruppe der Bakalanger stellt nur 12% der Bevölkerung. Sie aber haben dadurch, daß sie neben dem Ackerbau auch Rinderhaltung betreiben, einen relativ hohen Status und sind in den politischen Schlüsselstellungen überrepräsentiert. Die Erwerbsmöglichkeiten im Land sind so gering, daß ein Großteil der arbeitsfähigen Bevölkerung in Südafrika arbeiten muß. Dadurch wird die Abhängigkeit Botswanas von Südafrika noch verstärkt.

Gleichzeitig kann Botswana von anderen afrikanischen Ländern nicht genutzte Quoten aufkaufen. Die EG garantiert zur Zeit eine Abnahme von 19 000 t Rindfleisch pro Jahr, das sind 67 % des gesamten Fleischexportes von Botswana. Mit Hilfe der Weltbank soll der Export um 12 000 t gesteigert werden.

Verschiedene Organisationen der UNO, Berater der Weltbank und der US-amerikanische Finanzminister James Baker haben dieses Projekt heftig kritisiert. Die Farmen seien nicht profitabel. Baker forderte von der Weltbank die Abkehr von der Förderung großer Farmen hin zur Unterstützung von Kleinbauern. Gleichzeitig bestand er darauf, daß die Weltbank neben der Rinderzucht auch andere Möglichkeiten prüfen soll, beispielsweise Lederherstellung und Tourismus. Außerdem knüpfte er jeden weiteren finanziellen Beitrag der USA zu Viehzucht-Projekten südlich der Sahara an strikte ökologische, soziale und ökonomische Bedingungen, darunter auch den Schutz wildlebender Tiere.

Wieso macht sich ein amerikanischer Finanzminister für die Umwelt in Afrika stark?

Die Forderungen Bakers werden verständlich, wenn man sie in der Gesamtsituation des südlichen Afrikas betrachtet. Die USA sind an einer weiteren Verschärfung der Konflikte in dieser Region nicht interessiert. Eine Stärkung der Oberschicht und eine voranschreitende Verarmung der Bevölkerungsmehrheit, die durch die Wüstenbildung ihre Lebensgrundlage verliert, könnte den sozialen Zündstoff im Lande erhöhen und die Außenbeziehungen dieses schwarzafrikanischen Landes zur Republik Südafrika stören.

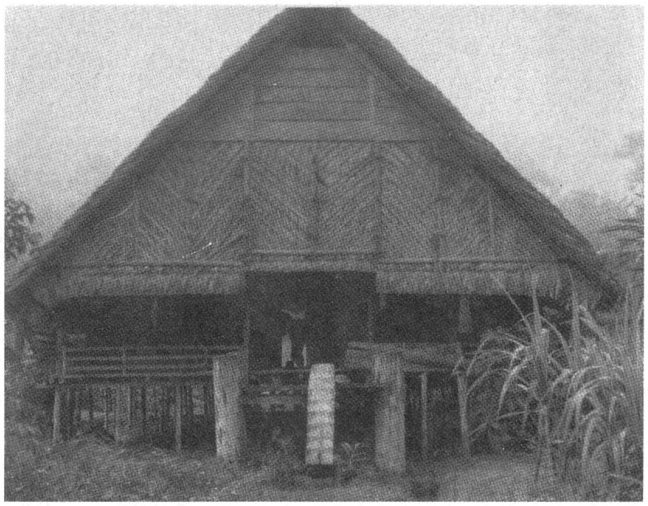


Siedlungspolitik in Indonesien

Nach der Unabhängigkeit Indonesiens 1949 und massiven Spannungen zwischen der Zentralregierung und einzelnen Landesteilen, die eine größere Autonomie forderten, setzte Präsident Sukarno bis 1963 auf ein sozialistisches Modell mit einem Kurs, der eine Abkopplung vom Weltmarkt, Nationalisierungen und Verstaatlichungen vorsah. Nach einer kurzen Phase kommunistischer Beteiligung an der Regierung übernahm General Suharto mit der Unterstützung der USA die Macht und setzte eine Politik der »Neuen Ordnung« durch, die Indonesien wieder dem internationalen Kapital öffnete.

Die Entwicklungsunterschiede in einzelnen Regionen und Sektoren wurden durch die Industrialisierung, durch die vereinzelte Lage der Inseln und durch ungünstige Faktoren (Klima, Vegetation) verschärft. Da ca. 50 % der Exporterlöse durch Erdöl erzielt werden, ist Indonesien seit der Ölpreiskrise 1983 in permanenten Zahlungsschwierigkeiten. Der Schuldendienst hat einen Anteil von 25 % an der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen. Mit 36 Mrd. US $ Auslandsschulden steht Indonesien an fünfter Stelle der verschuldeten Länder der Dritten Welt.

In dieser Situation kommt dem von der Weltbank geförderten Projekt der Umsiedlung von der Hauptinsel Java auf andere Inseln eine erhöhte Bedeutung zu. Die staatlich geplante Umsiedlung – Transmigrasi – begann 1905, ein Umstand, der von vielen Weltbankkritikern leicht übersehen wird. Bis 1984 sind von Java 1,6 Mio. Personen nach Sumatra, der westlichsten und größten Insel, 370 000 nach Kalimantan, 281 000 nach Sulawesi, 56 000 nach Irian Java und 32 000 auf die Molukken umgesiedelt worden. Von 1984 bis 1989 wollte die indonesische Regierung weitere 750 000 Familien, also ca. 3 Mio. Menschen umsiedeln. Noch 1952 war vorgesehen, die Bevölkerung Javas von damals 54 Mio. auf 31 Mio. bis zum Jahre 1987 zu reduzieren, was eine Umsiedlung von 50 Mio Menschen in 35 Jahren notwendig gemacht hätte. Von 1950 bis 1973 wurden dann tatsächlich etwa 600 000 Menschen umgesiedelt, so daß man sich auf realistischere Zahlen von 2000 bis 3000 Familien pro Jahr beschränkte.



Die Umsiedlung in Indonesien zerstörte die traditionellen Wohn- und Hausformen. Heute werden die Häuser aus »modernen Materialien« in den Umsiedlungsgebieten gebaut.

Die Umsiedlung kostete etwa 9000 US $ pro Familie. Nach einem Weltbankkredit von 600 Mio. US $ steht jetzt ein weiterer von 120 Mio. US $ an. Die Rodung von 3,3 Mio. ha ursprünglichen Regenwaldes und die Ausrottung von Ureinwohnern in diesen Gebieten haben internationale Proteste hervorgerufen. Der Mechanismus der Zerstörung ist jedoch nicht aufzuhalten: Die Siedler werden mit einer Starthilfe für das erste Jahr und Holz für den Haushalt ausgestattet und dann allein gelassen. Da der Boden in den meisten Regenwäldern äußerst arm an Mineralstoffen und Humus ist, kann das einmal gerodete Gebiet höchstens zwei bis drei Jahre bebaut werden. Dann muß weitergerodet werden. Dieser Prozeß der »shiftig cultivation« setzt sich immer weiter fort; dabei könnte ein ökologisch stabiler Sekundärwald entstehen, wenn die Brache nur lang genug dauert, mindestens etwa 16 Jahre. Wächst aber der Bevölkerungsdruck, kann diese Zeit nicht mehr eingehalten werden, die Erträge nehmen immer weiter ab, und schließlich wird das gesamte Gebiet in Grasland oder Busch umgewandelt. Dann ist eine sinnvolle landwirtschaftliche Nutzung kaum mehr möglich.

Doch die Einwanderer bringen nicht die entsprechenden Kenntnisse und das nötige Geld mit, um in dem empfindlichen Kreislauf eine stabile Nische zu etablieren. So sind jetzt schon viele zurückgekehrt oder halten sich durch Nahrungsmittelzuschüsse und wilden Holzeinschlag am Leben. Die Weltbank hält ihre Unterstützung aufrecht mit der Begründung, daß der Bevölkerungsdruck auf Java gemildert werden müsse und schließlich etwa eine halbe Million Arbeitsplätze geschaffen werde. Dagegen steht die Forderung der indonesischen Opposition nach einer Landreform auf Java und Bali und einer Familienplanung.

Die Logik, mit der dieses ökologisch gefährliche und für die Landwirtschaft unsinnige Projekt aufrechterhalten wird, scheint in finanz-, innen- und industriepolitischen Gründen zu bestehen. Während die Weltbank zur Zeit Sukarnos Alleinherrschaft die Zahlungen einstellte, um eine Annäherung an das sozialistische Asien zu verhindern, unterstützt sie jetzt die rechte Regierung Suharto. Die Fähigkeit Indonesiens, seine Schulden zurückzahlen zu können, ist heute noch stärker als vor 1983 von der Weltbank abhängig. Außerdem werden auf Irian Java ständig neue Bodenschätze gefunden, deren Ausbeutung eine gewisse Infrastruktur an Verkehrsverbindungen und Arbeitskräften erfordert, die mit Hilfe der Weltbank finanziert werden soll. Die Zerstörung der Natur ist nicht nur billigend in Kauf genommener Nebeneffekt, sondern vielmehr die notwendige Voraussetzung dafür.

Indonesien

Grunddaten: Fläche: 5,2 Mio km², davon 1,9 Mio km² auf kleineren Nebeninseln, ca. 166,9 Mio Einwohner, davon 91 Mio auf Java = 690 Einw. pro km², BSP pro Kopf: 530 US $ (1985), Landwirtschaft: 26% des BSP, 52% der Beschäftigten, Industrie: 23% des BSP, 12% der Beschäftigten.
Auf der Hauptinsel Java leben mit einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von 550 Einwohnern pro km² ca. 60% der Gesamtbevölkerung, obwohl die Insel nur 7% der Landesfläche umfaßt. Das tropische Klima und vulkanische Böden ergeben hier sehr hohe landwirtschaftliche Erträge. Die riesigen Lagerstätten von Erdöl, Zinn, Nickel, Bauxit und Kupfer machen Indonesien gemessen an seinen mineralischen Ressourcen zum drittreichsten Land der Welt. Durch die Jahrhunderte dauernde Ausbeutung der niederländischen Kolonialmacht hat sich eine dualistische Wirtschaftsstruktur herausgebildet, die auf der einen Seite eine gute organisierte Plantagenwirtschaft (Gummi, Kaffee, Zuckerrohr) mit Lohnarbeitern, auf der anderen Seite eine durch zahlreiche Klein- und Kleinstbauern zerstückelte Landwirtschaft hervorgebracht hat.

Bergbau in Brasilien

Der Druck auf den tropischen Regenwald in Brasilien rührt in erster Linie daher, daß im dichtbesiedelten Nordosten die Landwirtschaft vollständig auf Export ausgerichet wurde. Dadurch verloren viele Kleinbauern und Landarbeiter ihre Existenzgrundlage. Die Regierung versuchte mit gezielter Siedlungspolitik das Amazonasgebiet zu erschließen, um die demographischen und sozioökonomischen Probleme des Nordostens zu lösen. Der Bau von Autobahnen sollte das bis in die sechziger Jahre hinein nur schwer erreichbare Land besser zugänglich machen. Im Bundesstaat Rondonia lebten zum Beispiel 1960 nur 70 000 Menschen, und fast der gesamte Regenwald, der 80% des Gebietes einnahm, war noch intakt. Durch die Fertigstellung des 1500 km langen »Cuiaba Porto Velho Highway« (BR364) 1968 wuchs die jährliche Einwanderungsquote nach Rondonia in den siebziger Jahren um das Zehnfache.

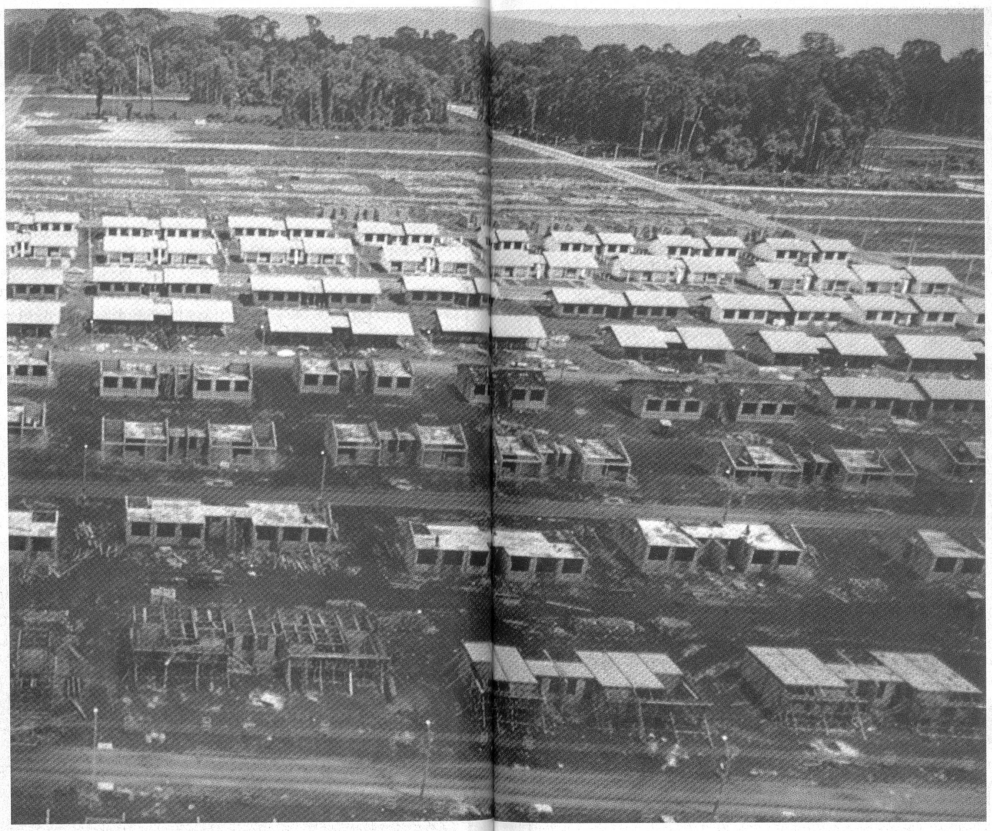
Diese unkontrollierte Ansiedlung hat im Amazonasgebiet verheerende Folgen auf den Regenwald, der zugunsten landwirtschaftlicher Nutzung abgeholzt wird. Kennzeichnend ist, daß der Wald zunächst von Kleinbauern gerodet wird, die dann zwei bis drei Jahre Ackerbau betreiben, dann wird das Land als Weideland genutzt oder verwildert wieder. Auch selektiver Holzeinschlag ist vielfach der Grund für nachfolgenden Kahlschlag.

Brasilien

Grunddaten: Fläche 8,5 Mio km², 138,5 Mio Einwohner = 16,3 Einw. pro km², BSP pro Kopf: 1 640 US $, Landwirtschaft: 16% des BIP, Industrie: 32% des BIP.
Man schätzt, daß von den ursprünglich 16 Mio km² Regenwald der Erde heute noch 9 Mio km² extistieren. In Brasilien gibt es 3,5 Mio km² davon. Das ist mehr als in Zaire, Indonesien, Peru und Kolumbien zusammen. Satelliten-Aufnahmen bis zum Anfang der achtziger Jahre erlauben eine relativ gute Abschätzung der Abholzung in Brasilien. Insgesamt waren 1980 5% des amazonischen Regenwaldes gerodet. Dabei ist allerdings ein erhebliches räumliches Ungleichgewicht zu erkennen: Am stärksten scheint der Staat Rondonia betroffen zu sein. 1980 waren 7 500 km² (3% der Bundesstaatsfläche) gerodet, 1983 waren es 14 000 km² (knapp 6%), während es 1987 mit 53 500 km² schon 22% der Fläche waren. Extrapolationen auf das gesamte Amazonasgebiet lassen für die achtziger Jahre eine gerodete Fläche von der Größe der Bundesrepublik als wahrscheinlich erscheinen. In den Bundesstaaten Mato Grosso und Pará sind die Steigerungsraten zur Zeit besonders hoch.

Ein Schwerpunkt der derzeitigen Regionalpolitik ist die Entwicklung des Bergbaus im Amazonasgebiet. Das Interesse am Bergbau in dieser Region besteht seit 1967, als ein Geologe aus den USA in der abgelegenen Serra dos Carajas (550 km südlich von Belem im Staat Para) einen Berg entdeckte, dessen Gestein zu 66% aus Eisenerz besteht, mit geschätzten Reserven von 18 Mrd. t. Durch weitere geologische Untersuchungen wurden bisher unbekannte Vorkommen von Kupfer, Mangan, Zinnstein, Nickel, Bauxit und Gold entdeckt. Der Export dieser Rohstoffe soll helfen, den steigenden Devisenbedarf Brasiliens zu decken, der durch notwendige Ölimporte und steigende Belastungen im Schuldendienst immer größer wird.

Um diese Mineralien geordnet auszubeuten, gründete die Regierung 1980 das »Greater Carajas Program« (PGC). Das Gebiet des



Siedlungen vom Reißbrett am Rand des Amazonasgebietes

Carajas-Programms umfaßt 895 000 km², mehr als 10 % der gesamten ländlichen Fläche Brasiliens. Im PGC anerkannte Unternehmen genießen in diesem Gebiet großzügige Steuervergünstigungen, bekommen Bürgschaften der Regierung für in- und ausländische Kredite und sind zum Bezug der subventionierten Energie des nahegelegenen Tucurui-Wasserkraftwerkes berechtigt. Das erste größere Projekt, das in der Region 1978 genehmigt wurde und inzwischen voll ausgebaut ist, sollte die großen Eisenerzvorkommen in Carajas abbauen helfen. Es untersteht dem brasilianischen Bergbauunternehmen »Compannia Vale do Rio Doce« (CVRD). Neben dem Bau der Minenanlagen mußten eine 890 km lange Eisenbahnstrecke nach Sao Luis (Maranhao), Hafenanlagen zur Verschiffung der 35 Mio. t Jahresproduktion sowie städtische Infrastrukturmaßnahmen geschaffen werden. Das Gebiet, für das die CVRD eine Konzession erhielt, ist 4 290 km² groß. Die Kosten betrugen 5 Mrd. US $. Aufgebracht wurde das Geld von der CVRD selbst (40 %) und in- und ausländischen Krediten. Die Weltbank beteiligte sich mit einer Anleihe von 300 Mio. US $.

Schon vor der offiziellen Genehmigung hat die CVRD eine Reihe von Untersuchungen in dem vorgesehenen Gebiet über Klima, Ökologie, Pflanzenwelt usw. durchführen lassen. Die Ergebnisse dieser Studien führten zu Richtlinien für die Unternehmenspolitik in Fragen der Abholzung des Waldes, der Lagerung des Oberbodens, der Erosionskontrolle, der Regeneration der Vegetation und dem Schutz der Tierwelt. Zwischen 1981 und 1985 gab die CVRD ungefähr 54 Mio. US $ für Umweltaktivitäten im Zusammenhang mit dem Carajas-Projekt aus. Diese Aktivitäten betrafen unter anderem die Landgewinnung, die Einrichtung von Naturschutzgebieten und Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung für ein höheres Bewußtsein in Umweltfragen. Die CVRD kontrolliert streng den Zuzug in das Konzessionsgebiet, um unkontrollierte Ansiedlung zu verhindern. Zur Aufsicht über die ergriffenen Umweltmaßnahmen richtete die CVRD eine unabhängige Gruppe aus neun Wissenschaftlern ein, die das Projekt über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren regelmäßig besuchen.

Außerhalb des Konzessionsgebietes von der CVRD stellt sich die Lage ganz anders dar. Das PGC hat bis heute keine umweltverträglichen Pläne für die Besiedlung des Landes vorlegen können. Ein landwirtschaftlicher Entwicklungsplan wurde unter anderen von der Weltbank kritisiert, weil nur 17% des Landes Kleinbauern zu-

gesprochen werden sollten und weil Nutzungsformen wie Viehwirtschaft und einheitliche Baumplantagen wahrscheinlich langfristig ökologisch nicht tragfähig sind.

Doch weniger die landwirtschaftliche Nutzung trägt in dieser Region zur Abholzung des Waldes bei, sondern vielmehr der Holzeinschlag zur Holzkohleproduktion. Im Rahmen des PGC sind fünfzehn Eisenhütten entlang der Eisenbahnlinie mit Hilfe von Steuervergünstigungen angesiedelt worden. Zwei davon sollen die Arbeit 1988 aufnehmen. Selbst die Weltbank stellte fest, daß diese Projekte nur mit Subventionen rentabel arbeiten können. Ihre Auswirkungen auf den Regenwald werden vernichtend sein. Vorläufige Schätzungen ergeben, daß diese Fabriken bei voller Auslastung 1,2 Mio. t Holzkohle im Jahr benötigen würden. Um diesen Bedarf zu decken, müßten jährlich 90 000 bis 200 000 ha Wald, abhängig von der Baumart und -dichte, abgeholzt werden. Da das Holz der geplanten Eukalyptusplantagen erst sieben Jahre nach Pflanzung zur Verfügung steht, würde die gesamte abgeholzte Fläche, einschließlich der für die Hüttenwerke benötigten, 540 000 bis 1,2 Mio. ha erreichen. Die Erfahrungen mit den Eukalyptusplantagen im Amazonasgebiet sind darüber hinaus niederschmetternd: Bisher gibt es trotz immenser Subventionen keine einträglich arbeitenden Eukalyptuspflanzungen. Der Holzeinschlag im natürlich gewachsenen Wald ist dagegen rentabler.

Die Weltbank verweist darauf, daß die CVRD, das Unternehmen an dem auch sie beteiligt ist mit größter Rücksicht auf ökologische Folgen bei der Planung vorgegangen ist, und daß das von der brasilianischen Regierung ins Leben gerufene Carajas-Programm die Verantwortung für die geplante Eisenverhüttung trägt. Kritiker machen dagegen deutlich, daß ohne die Unterstützung der Weltbank das gesamte Programm nicht oder nicht in demselben Umfang durchgeführt werden würde. ♦

Literatur

E. Altvater, K. Hübner, J. Lorentzen, R. Rojas (Hg.): Die Armut der Nationen, Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire, Berlin 1988

BUND (Hg.): Wie Weltbankmacht die Welt krank macht, Umweltzerstörung durch Weltbankprojekte, Köln 1988

Sierra Club (Hg.): Bankrolling Desasters, Washington 1986, Sierra Club, Public Affairs, 730 Polk Street, San Francisco, CA 94109